

## Zur Bundestagswahl 1987

### Brief an unsere Wählerinnen und Wähler

**Wir schreiben diesen Brief an die einzige gesellschaftliche Macht von der wir abhängig sind: an unsere Wählerinnen und Wähler.**

Wir sind abhängig von der Bereitschaft der Menschen, gründlich nachzudenken über unsere Gesellschaft, was sie uns kostet, was sie unsere Kinder und andere Völker kostet. Abhängig sind DIE GRÜNEN von der Neugier auf emanzipatorische Prozesse und von der Bereitschaft, Alternativen in der Politik mitzutragen. Wir sind abhängig davon, daß in der Bundesrepublik über die Zukunft gestritten wird.

Denn DIE GRÜNEN sind immer noch ein Zukunftsprojekt.

Immer wieder gab es in der Geschichte der Bundesrepublik, in der Anti-Atom-Bewegung der fünfziger Jahre, in der Studentenbewegung der sechziger Jahre, in den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, diesen Willen nach einer grundlegenden Demokratisierung der bundesrepublikanischen Verhältnisse. Dagegen fanden sich immer genug, die aus Mißtrauen gegen die Bevölkerung die Macht lieber in den Händen der Eliten des Parteienstaates lassen wollten.



... auf unsere großzügigen Spender!

Neue Osnabrücker Zeitung

**Für die geschlossene Gesellschaft der Machtverwalter/innen war das Erscheinen der GRÜNEN auf der parlamentarischen Ebene ein Schock.**

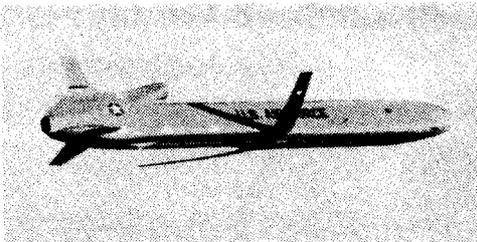
Kohl-Vernehmer Schilly

Sie erfuhren die Ohnmacht, den demokratischen Willen der sozialen Bewegungen nicht länger auf sicheren außerparlamentarischen Abstand halten zu können. Die Arithmetik der Machterhaltung war gestört. Ausschlaggebend dafür war die nicht mehr wegzuleugnende ökologische Krise und die offensichtliche Unfähigkeit ihrer Bewältigung durch die traditionellen Parteiapparate. Von daher waren DIE GRÜNEN die erfolgreichste kleine Partei - erfolgreicher als wir selbst wahrhaben wollten: Seit wir im Parlament sind, grüneln alle anderen Parteien.



**DIE GRÜNEN sind die erste pazifistische Partei in der Nachkriegsgeschichte.**

Wir wollen eine gründliche und ehrliche Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Wir nehmen die „Gnade der späteren Geburt“ für uns nicht in Anspruch; wir nehmen unsere Verletztheit mit in unsere Politik. Deswegen treten wir, gerade in diesem Land, das solche Orgien an Gewalt erlebt hat, für Gewaltfreiheit ein. Gewaltfreiheit in den innenpolitischen Auseinandersetzungen und Gewaltfreiheit als Mittel, die zerstörerische Konfrontation der Militärblocke aufzulösen und zu überwinden. Wir wollen den ersten Schritt tun durch einseitige Abrüstungsschritte. Die anderen nennen das illusionär, wir aber stellen die Politikfähigkeit der herrschenden Abschreckungslogik in Frage, die aus Angst immer mehr Waffen braucht.



Amerikanisches Cruise Missile



Friedensdemonstration gegen die Cruise-Missile-Stationierung im Hunsrück

## EINLADUNG ZUR WAHLFETE

Alle Freundinnen und Freunde sind zur Wahlfete am 25. Januar 1987 im Bürgerhaus Worfelden eingeladen.  
Beginn: ca. 19 Uhr mit Hochrechnungen der Fernsehanstalten  
ab 20 Uhr spielt die Rockband "Querkopf"  
"Freiessen" (kostenlos) mit griechischem Mussaka (Auberginenaufauf mit Hackfleisch)

## KONSEQUENT

## FÜR

## FRIEDEN

## &

## LISTE 4

## UMWELT

**DIE GRÜNEN** sind die erste emanzipatorische Partei. Eine Partei, in der die Männer lernen müssen und in der Frauen Mut kriegen, ihre eigene Sprache, ihre Erfahrungen und ihre Utopien einer nicht-patriarchalischen Gesellschaft in die Politik mit einzubringen.

Wir sind die Partei, in der die Frauen nicht nur die Hälfte der Mandate innehaben, sondern in der die Frauen auch nicht mehr verfügbar sind, weder für die Gewalt von Männern noch für die Urteilsprüche von Kardinälen. Wir wissen, daß von unserer Kraft, unserer Frechheit und Listigkeit auch die Frauen der anderen Parteien und in anderen gesellschaftlichen Organisationen profitieren – und das ist uns gerade recht.



Grünen-Sprecherin  
Jutta Dittfurth

**DIE GRÜNEN** verstehen sich als Anwälte des Lebens.

Abgesehen von den Gefahren der Atomkraft, vom Waldsterben abgesehen, vom Gift in Boden, Wasser, Luft abgesehen, von der Trauer und den Warnungen vor den Untergängen also abgesehen, haben wir tausend Vorschläge, Umbaupläne, sanfte Technologien, Auswege aufzuzeigen. Wir sind nicht die Partei der berechtigten Ängste, sondern der berechtigten Rechte und Hoffnungen auf eine andere gesunde Umwelt, die unseren Kindern Lebenschancen offenhält. Gerade nach Tschernobyl hat sich gezeigt, daß die staatlichen Instanzen und Bürokratien für die Bevölkerung unbenutzbar waren. Was wir immer ahnten, ist wahr: Denen da oben ist nicht zu trauen. Die wirklichen Überlebenskompetenzen liegen bei den Menschen selbst.

Protestdemonstration gegen Rhein-Verseuchung



Deswegen müssen Ökologen auch immer demokratische Rebellen sein,

die die Entscheidungen, was, wie und für wen produziert wird, in die eigene Hand nehmen. Deswegen trifft uns die versammelte Aggression der jetzt Regierenden. Mit ihren Kampagnen gegen DIE GRÜNEN versuchen sie, die Wut gegen die Warner/innen und gegen neue Feindbilder zu lenken. Es darf ihnen nicht gelingen.

Blockade,  
Wackersdorf



**DIE GRÜNEN** sind eine Partei, die den sozialen Bewegungen gehört,

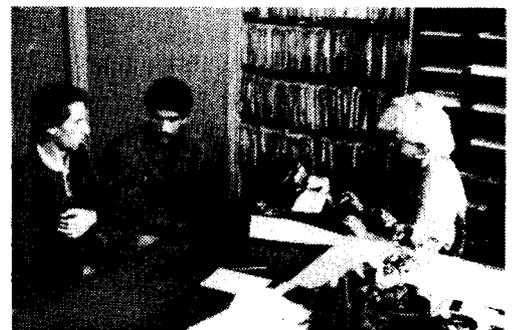
was die heftigste Kritik an uns und den leidenschaftlichen Streit mit einschließt. Wir fordern die vielen Bürgerinitiativen, die Friedens-, Frauen-, „Dritte Welt“- und Ökologiebewegung, die oppositionellen Bauern/Bäuerinnen und Gewerkschafter/innen, die alten Menschen, die gegen ein unwürdiges Veraltet-Werden in sozialen Ghettos protestieren, auf, sich einzumischen, um gemeinsam die Strategien für unsere Zukunft zu erarbeiten und durchzusetzen.



Bauernprotest

**DIE GRÜNEN** sind die Partei der Menschenrechte und die der Minderheitenrechte.

In ihr melden sich die zu Wort, die zu wenig Gehör finden und die ihre Freiheitsrechte einfordern. Im Zusammenleben mit Minderheiten entfaltet sich die demokratische und freiheitliche Kultur einer Gesellschaft. Wir wollen uns keine verlorene Generation, keine abgeschriebene Gruppe, keine isolierte und tabuisierte Ghetto-Existenz leisten. Dafür einzutreten erfordert immer noch Mut, gegen den Strom zu schwimmen. Das macht uns angreifbar, aber die Unangreifbaren sind es, die im-



Asylbewerber

Es geht entwe-

der rückwärts in eine autoritäre Gesellschaft, oder es geht vorwärts zu einer friedlicheren, ökologischen, demokratischeren Republik.

Es ist klar: Wir wollen diese andere Republik. Deswegen wollen wir den Machtwechsel in Bonn. Die expansive Militär- und Wirtschaftspolitik der derzeitigen Regierung, ihr stures Festhalten am Atomkurs, ihre Eingriffe in die soziale Absicherung der meisten Menschen und der Abbau schwer errungener demokratischer Rechte versperren diesen Weg.

Wie die Dinge liegen, geht unser Weg nur mit einem Bündnis von Menschen, die noch nie zusammen gemeinsam die Politik bestimmt haben: mit Arbeitenden und Arbeitslosen, mit Frauen, Männern und Jugendlichen, mit Bauern, Alten, ausländischen Mitbürger/innen und Asylsuchenden. Wir kennen die Sprengkraft dieses Bündnisses. Wir sehen auch seine Chance: Da kämpfen Menschen gemeinsam, die bisher immer in verschiedenen gesellschaftlichen Lagern und in den Rechts/Links-Blöcken sauberlich voneinander getrennt waren. Das zwingt uns zu neuartigen Kompromissen, zum Aushalten von Widersprüchen, zu lang anhaltenden Debatten. Das bringt uns auch Erfahrungen und Kenntnisse, die für die Strategien des Überlebens unverzichtbar sind.



## Die SPD verfolgt eine verhängnisvolle Wahlkampfstrategie.



„Man muß unersättlich sein“

Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Johannes Rau über seine Wahlaussichten

Ein Machtwechsel in Bonn ist in der jetzigen Situation nur bei einer Zusammenarbeit zwischen GRÜNEN und SPD möglich. Die SPD stand für eine Politik der Raketenstationierung und der NATO-Abhängigkeit, des Ausbaus der Atomenergie, des ungebrochenen industriellen Fortschrittsglaubens, der Benachteiligung der ländlichen Regionen. Sie erwies sich als die effektivste innergesellschaftliche Ordnungsmacht, und wir bekamen das zu spüren.

Langfristigen Machtinteressen opfert sie die jetzigen historischen Möglichkeiten. Gelegentliche (absichtliche) Äußerungen über eine Neuauflage der Sozialliberalen oder gar der Großen Koalition und der erschreckende Mangel an innerparteilichen Debatten über andere politische Perspektiven legen die Vermutung nahe: Die SPD will 1987 gar keinen wirklichen Machtwechsel in Bonn. Wir sagen deshalb nicht nur: Die SPD kann und wird die absolute Mehrheit 1987 nicht kriegen, sondern: Sie darf die absolute Mehrheit auch nicht kriegen.

„Daß die, von denen wir reden, in das Parlament eingezogen sind, begrüße ich überhaupt nicht.“

HANS-JOCHEN VOGEL (SPD)

Trotz-

dem meinen wir: Wenn die SPD heute ernsthaft aus dieser Politik einen Ausstieg sucht, wird es an unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht fehlen – weil sie notwendig ist.



Kabinettsmitglied Fischer: „So viel hab' ich noch nie geackert“

# DIRK TREBER

Dirk Treber aus Mörfelden Bundestagkandidat der GRÜNEN in unserem Wahlkreis ehemaliger Landtagsabgeordneter in Wiesbaden



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Worfelden, Klein Gerau und Büttelborn!

Gerade hier in Hessen und speziell im Kreis Groß Gerau kann jeder die Arbeit der GRÜNEN auch direkt vor Ort beurteilen.

In Büttelborn, Mörfelden-Walldorf, auf Kreisebene und im Hessischen Landtag haben die GRÜNEN in der Vergangenheit nicht nur ihre konkreten Alternativen in der Umwelt-, Sozial-, Energie- oder Frauenpolitik benannt, sondern wir sind auch nach harten Verhandlungen bereit gewesen, für unsere Forderungen Mehrheiten bei den "Altparteien" zu suchen und mit diesen zusammenzuarbeiten. Dieser Prozeß ist oft sehr schwierig und langwierig gewesen, allerdings konnten die GRÜNEN in vielen Bereichen auch konkrete Erfolge erzielen:

Hessen hat als erstes Bundesland ein Gesetz über sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung (Energiespargesetz) vorgelegt und in den Landeshaushalten von 1984 bis 1985 490 Millionen DM zur Umsetzung dieses Programmes in den Kommunen und Landkreisen bereitgestellt.

Die GRÜNEN haben in Hessen neue Wege in der Umweltpolitik eingeleitet: Dies läßt sich bei der Luftreinhaltepolitik ebenso zeigen wie bei den Maßnahmen zur Trinkwassereinsparung oder zur Abwasserreinigung, bei Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Wiederverwertung von Abfall und Schritten zur Entgiftung der chemischen Industrie.

Frauenpolitik und entsprechende Aktionsprogramme sind ebenfalls auf Initiativen der hessischen GRÜNEN zurückzuführen. Die Stärkung der Ausländerrechte, die Einführung eines neuen Datenschutzgesetzes und die Erhöhung der Mittel für die sozial Schwachen sind ebenso ohne die Aktivitäten der GRÜNEN nicht denkbar. Dies läßt sich noch in vielen anderen Bereichen belegen.

Damit eine ähnliche soziale und ökologische Politik auch in Bonn eingeleitet werden kann, ist es notwendig, daß viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 141 am 25. Januar 1987 GRÜN wählen.

Dirk Treber

### IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt: Fraktion der GLB: Peter Best, Frieder Engel, Karin Fischer, Josef Korent, Jürgen Pohl  
Gestaltung: Peter Best  
Kontaktadresse: Peter Best, Mozartstr. 26  
Tel. 54525

wohnt in Büttelborn die Entscheidung über die Ausgaben der Steuergelder für das Jahr 1987 durch die absolute SPD-Mehrheit vorprogrammiert ist, haben wir den Haushaltsentwurf der SPD durchgearbeitet und kritisch beleuchtet.

## BILLIGERER VERWALTUNGSBAU

Kosten von 3 Millionen im Haushalt 1987 für den geplanten Verwaltungsneubau sind uns ein besonderer Dorn im Auge. Zu diesen drei Millionen werden dann im nächsten Haushalt noch 2 bis drei Millionen kommen. Das ist "Verschwendung". Als Alternative haben wir für die Verbesserung der Raumsituation der Beschäftigten in der Gemeindeverwaltung einen Kostenvoranschlag für ein "Bürogebäude mit gehobener Ausführung, wie sie von Behörden normalerweise gewünscht wird" angefordert.

Bei gleicher Fläche wie bei der jetzigen 5 Millionen Planung kommt dieses Bürogebäude auf 1,8 Millionen DM Gesamtkosten. Für uns sollte eine Gemeindeverwaltung Dienstleistungen im Interesse des Bürgers bereitstellen und kein Ort sein, an dem ein Bürgermeister ein architektonisches Denkmal setzt.

Die Kostenersparnis von ca. 3 Millionen nach unserem Vorschlag sollten für Maßnahmen im Bereich Ökologie und Soziales wohl eine bessere Bestimmung haben.

## RATHAUS KLEIN GERAU

Die historischen Rathäuser haben nach unserer Auffassung die Funktion von bürgernahen Baudenkmalern. In diesem Zusammenhang sehen wir auch das Rathaus in Klein Gerau. Der jetzige Zustand ohne Heizung und mit stark eingeschränkter Nutzung ist unhaltbar. Wir von der GLB wollen, daß endlich ein Gesamtkonzept für dieses Haus entwickelt wird. Ein Beispiel hierfür könnte ein Konzept "Sitzungsraum, Treffpunkt für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, Bücherei" sein. Damit hier endlich was geschieht, haben wir ähnlich wie in der Gemeinde Nauheim für eine Vorplanung 2000, DM im Haushalt 1987 vorgehen.

## KLAGEKOSTEN

### 'MÜLLDEPONIE'

Leider müssen wir auch feststellen, daß im Haushalt 1987 wichtige ökologische Probleme der Gemeinde Büttelborn nicht kostenmäßig erfasst sind. So der Problembereich "Mülldeponie": Hier fehlen uns "Klagekosten" in Höhe von 15.000 DM. Dabei haben wir uns an den Kosten orientiert, die der Gemeinde Mainhausen bei ihrer erfolgreichen Abwehr einer Sondermülldeponie vorläufig angefallen sind.

## SICHERUNG DES TRINKWASSERS

Bekanntlich basierte die Anfechtung des Planfeststellungsbeschlusses in Mainhausen auf der drohenden Verseuchung des Grundwassers. Die Gefährdung der Trinkwasserbrunnen ist auch in Büttelborn in der Zukunft eine wichtige Klageposition. Deshalb erachten wir die Kostenstelle "Gutachten Reinhaltung des Grundwassers" von 15.000 DM für notwendig.

## UNTERSTÜTZUNG DES BÜRGERFORUMS

Zum Thema Mülldeponie wollen wir noch einen weiteren Posten im Haushalt beantragen: Insgesamt 11.700 DM haben die Bürger im "Müllforum Büttelborn" aus privater Tasche für eine Umweltverträglichkeitsbewertung von Deponie-Standorten bezahlt. Nach unserer Auffassung ist dieses Gut-

# GEMEINDEHAUSHALT PERSPEKTIVEN

achten im Interesse der Büttelborner Bürgerschaft in Auftrag gegeben worden. Es bestand die Notlage, daß die Büttelborner SPD aus parteitaktischen Gründen die Erstellung einer solchen Untersuchung systematisch verhindert hat, obwohl eine Gemeindevertreterbeschlus gegen die Mülldeponie bis heute existiert. Wenn auch das Gutachten die Mülldeponie bis jetzt nicht verhindern konnte, so wird es für den Gerichtsweg eine wichtige Basis sein. Zum anderen war natürlich nicht zu verhindern, daß die Riedwerke dieses Gutachten dazu benutzten, eigene dilettantische Planungsfehler stillschweigend auszuräumen. Für die Grüne Liste ist es aus all diesen Gründen nur legitim, wenn die Privatleute ihre Einlage zum Gutachten zurückbekommen.

## LANDSCHAFTSPFLEGE

### & NATURSCHUTZ

Die Planungsarbeit zum Flächennutzungsplan und Landschaftsplan wollen wir vom Kreisbauamt weg in die Hände eines freien Landschafts- und Stadtplaner-Büros übertragen wissen. Denn unter den jetzigen planerischen Bedingungen bleibt wohl die nächsten "50 Jahre" alles beim Alten. Gerade für eine baldige, ökologisch sinnvolle Neuordnung der Wohn-, Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Naturschutzgebiete wird es Zeit, daß endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Dafür sollten im Haushalt 60.000 DM zur Verfügung gestellt werden.

Eine Neuvermessung der landwirtschaftlichen Fläche ist dringend notwendig. Grenzsteine sind in der Zwischenzeit in der Gemarkung so rar geworden, daß man vermuten muß, daß sie wohl für Treppen im Haus- und Gartenbereich dringend gebraucht werden. Auch hat sich z.B. herausgestellt, daß ein Wohnhaus im Außenbereich zum Teil auf Gemeindegelände errichtet worden ist. Dies ist aber nur die Spitze eines Eisberges. Durch eine Neuvermessung werden Flächen frei, die der Allgemeinheit gehören und die endlich für die Natur- und Landschaftspflege verwendet werden könnten. Für den Posten "Landaufkauf" wollen wir einen zusätzlichen Posten Für den Posten "Landaufkauf" wollen wir zusätzlich 150.000 DM eingestellt wissen. Ein ökologisch intaktes Gemeindegelände ist nach Landschaftsökologen nur dann erreichbar, wenn 10% der Gemarkungsfläche aus einem vernetzten Naturschutzgebiet besteht. Zum jetzigen Zeitpunkt sind es ca. 1%. Naturschutzgebiete sind für die Lebens- und Wohnqualität gerade in einem Ballungsraum ein wichtiges volkswirtschaftliches Gut. Wir von der GLB denken hierbei an eine großzügige Erweiterung der geplanten naturnahen Ausbaumaßnahmen am Apfelbach, Mühlbach und Schlimmergraben, an die Kröckergrube in Klein Gerau und an die Erweiterung des Naturschutzgebietes "Torfkaute" im Ortsteil Büttelborn.

Weiter werden wir in diesem Haushalt für ein Projekt "Streuobstwiesen" eintreten. Obstgärten waren noch bis in die 50iger Jahre auch in Büttelborn ein prägender Landschaftsfaktor. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen sind Obstgärten Lebensräume einer vielfältigen Tierwelt. Darüberhinaus liefern sie Obst für den Eigenverbrauch, für Saft und Wein. Viele Gemeinden im Kreisgebiet sind zu dieser Einsicht gekommen, so z.B. Nau-

heim und Trebur. Auch ökologisch denkende Grundstücksbesitzer sollten bei der Anlage eines Obstgartens Unterstützung erfahren.

## TEMPO 30-BEZIRKE

Im Bereich "Verkehr" vermissen wir im SPD-Haushaltsentwurf eine systematisch und Durchgängig vorgenommene Verkehrsberuhigung in allen drei Ortsteilen. Verkehrsberuhigung darf nicht wie jetzt in einem abgeschlossenen Siedlungsteil (Hesselrod) "versteckt" werden, sondern möglichst alle Einwohner sollten davon profitieren. Um der Raserei den Kampf anzusagen, haben wir Kosten von 30.000 DM für die Einführung von Tempo-30-Zonen flächendeckend auf alle Ortsteile vorgesehen. Die Beteiligung und Information der Bürger muß dabei das 'A und O' sein.

## RADFAHRWEGE

Das Radfahren hat für uns eine hohe Bedeutung: Einmal im Rahmen einer humaneren Verkehrsführung, als auch im Rahmen der Gesundheit. Der Radwegbau muß deshalb Vorrang vor allen anderen Straßenbaumaßnahmen haben. Wir denken dabei an die Strecken Büttelborn-Wolfskehlen, Büttelborn-Berkach, Worfelden-Braunshardt, Worfelden-Schneppenhausen. Wir wollen im Haushalt dafür einen Betrag von 500.000 DM vorsehen.

## O-TARIF-KINDERGARTEN

Im Bereich "Kindergarten" möchten wir die Einnahmen von 255.000 DM (Gebühren der Eltern) gestrichen sehen. Dies ist schon eine traditionelle Haushaltsforderung von uns: Kinder und ihre Erziehung sind unser aller "Grundkapital" für die Zukunft. Deshalb sollte eine Gemeinschaft die Familien, die Kinder großziehen, nicht dadurch bestrafen, daß sie für den Besuch von Gemeinschaftseinrichtungen Geld bezahlen müssen. Im Bereich der Schule wurde das "Schulgeld" abgeschafft, das "Kindergartengeld" muß logischerweise folgen.

## KINDERHORT

Weiter werden wir für die Planung eines Kinderhortes 50.000 DM beantragen. Wir sehen hier die Vorgehensweise der Gemeinde Nauheim als Vorbild, besonders für Kinder alleinstehender Eltern, die zur Berufstätigkeit gezwungen sind, Hilfe anzubieten.

## 'BOLZPLÄTZE'

Für den Bereich "Sport" wollen wir noch zusätzlich die Errichtung von "Bolzplätze" in Klein Gerau und Worfelden eingebracht wissen. Diese Bolzplätze sollen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen frei zugänglich sein.

## GEGEN VOLKSZÄHLUNG

Die Bereitstellung von 40.000 DM für die Volkszählung können wir vor unserem politischen Gewissen nicht akzeptieren. Wir haben immer noch Angst davor, daß der Staat mit diesen Daten Mißbrauch treibt. Stattdessen schlagen wir vor, daß - wenn notwendig - statistische Daten nur problemorientiert auf freiwilliger Basis ermittelt werden sollen. Wir fordern, diesen "Volkszählungsposten" im Haushalt demonstrativ aufzuheben und dafür Bürgern Hilfen anzubieten, die diese Volkszählung boykottieren wollen.